

Sozialstaat, wenn er sich einer emanzipativen Perspektive verpflichtet?

Zehntens: Der vorsorgende Sozialstaat lässt sich nicht aus einem Guss herstellen. Das Konzept kann jedoch der Alltagspolitik von Versuch und Irrtum eine verbindliche Richtung zeigen. Reformen aus einem Guss sind derart voraussetzungsvoll, dass ihr Gelingen äußerst selten ist. Neben den vielen beteiligten Akteuren mit ihren widerstreitenden Interessen, gestaltet es sich schwierig, auf Anhieb die richtigen Antworten auf den sozialen Wandel geben zu können. So verwundert es nicht, dass der Ruf nach grundlegenden Refor-

men genau so laut ist wie die Angst davor. Umzusetzen ist vermutlich nur eine nachbessernde, *stop and go*-Politik. Reflektiertes Scheitern kann die Voraussetzungen für bessere Reformen legen und ist nicht *per se* Ausdruck handwerklicher Schwäche. Vielmehr sollte die Politik stückweiser Anpassungen als seriöse Art der politischen Steuerung anerkannt werden. Notwendig ist aber eine klare konzeptionelle Richtung, die als Kompass im Labyrinth des politischen Stückwerkes dienen kann. Genau dieser Notwendigkeit trägt das übergreifende Konzept des vorsorgenden Sozialstaates Rechnung.

Olaf Scholz

Neue Dimension: Vorsorgender Sozialstaat

Die sozialstaatlichen Traditionen in Deutschland reichen lange zurück. Der moderne Sozialstaat in Deutschland begann bereits im vorletzten Jahrhundert. Es ist nicht leicht, seine Wirkungsmechanismen zu verstehen und die vielen Schichten sozialstaatlicher Institutionen zu begreifen. Aber jede Diskussion über die Perspektiven des Sozialstaats in unserem Land muss von einer verständigen Betrachtung des Entstandenen ausgehen.

Die erste Schicht sozialstaatlicher Absicherung besteht in der klassischen, auf die eine oder andere Weise in allen Sozialstaaten bestehenden, öffentlich gewährleisteten und aus Steuermitteln finanzierten Basisabsicherung (Grundsicherung, Arbeitslosengeld II, etc.). Alleine diese Basisabsicherung bietet ein im europäischen Vergleich sehr hohes Absicherungsniveau.

Die zweite Schicht sozialstaatlicher Absicherung wird geprägt von dem spezifisch deutschen Weg, soziale Sicherheit über Sozialversicherungen zu garantieren. Kranken-, Renten-, Pflege- und Ar-

beitslosenversicherung gewährleisten für die meisten Menschen eine Sicherheit oberhalb des steuerfinanzierten Basisabsicherungsniveaus. Trotz aller Anpassungsnotwendigkeiten ist unverkennbar, dass gerade dieser spezifische Weg dafür ursächlich ist, dass das Niveau der sozialen Absicherung in Deutschland höher ist als in den meisten anderen Staaten. Ein Wechsel von einer über Sozialversicherungsbeiträge gewährleisteten sozialen Sicherheit zu einem vollständig steuerfinanzierten Sozialstaat halte ich nicht für wünschenswert. Über höhere Anteile steuerlicher Mittel bei der Finanzierung des Sozialstaates jedoch muss und darf man reden. Ein Ersetzen sämtlicher Sozialversicherungsbeiträge durch Steuermittel ist aber angesichts eines Beitragsaufkommens von mehreren 100 Milliarden EURO politisch undurchsetzbar und in keiner Weise ratsam.

Natürlich müssen die Sozialversicherungen stets an aktuelle Entwicklungen angepasst werden. Bei der Rente war es

notwendig, Rücksicht darauf zu nehmen, dass wir heute später in das Berufsleben eintreten als früher und länger leben. Die Reformen der letzten Jahre haben aber die notwendigen Anpassungen in der gesetzlichen Rentenversicherung zustande gebracht, jetzt werden die letzten der geplanten Reformschritte umgesetzt. Die Reform der Krankenversicherung ist komplizierter, funktioniert sie doch nach ganz anderen Prinzipien als die Rentenversicherung. Für unterschiedlich hohe Beiträge gewährt die gesetzliche Krankenversicherung gleichwertige Leistung.

Aber anders als es wohlfeile Kritik gerne schreibt, hat es die deutsche Politik trotz aller Unübersichtlichkeit, trotz allem Hin und Her, am Ende doch geschafft, die ihr gestellte Aufgabe zu lösen. Auch in Zukunft bleiben Einnahmen und Ausgaben der für den deutschen Sozialstaat so bedeutenden Sozialversicherungen ausgeglichen, ohne dass die dafür aufzubringenden Beiträge von Arbeitnehmern und Arbeitgebern eine Größenordnung erreichen, die von den Zahlenden nicht mehr akzeptiert wird und damit die Legitimation des ganzen Systems sozialer Sicherheit in Frage stellt. Das ist nicht wenig. Wer andere europäische Sozialstaaten anschaut, stellt schnell fest, dass in vielen dieser Länder keines der dort ähnlich gelagerten Probleme bisher auch nur annähernd einer Lösung entgegengebracht wurde.

Für die langfristige Entwicklung unseres Staates sind Antworten wichtig auf Fragen wie: Nehmen alle Menschen teil am gesellschaftlichen Leben? Gibt es Bürgerinnen und Bürger, die mitten unter uns leben, aber doch außen vor bleiben, weil ihnen keine Chancen gegeben werden oder weil sie die Chancen nicht nutzen? Bleiben Menschen am Wegesrand zurück? Die Auseinandersetzung mit den vielfältigen Exklusionsprozessen ist für die Diskussion über die Zukunft moderner Gesellschaften unverzichtbar.

Die Antworten auf diese Fragen lassen das Konzept eines vorsorgenden Sozialstaats nötig erscheinen; eine neue Dimension des Sozialstaats in unserem Land. Drei insoweit bedeutsame Themen will ich ansprechen:

1. Arbeit. Es ist eine Katastrophe, dass seit fast drei Jahrzehnten viele Millionen Menschen in Deutschland ohne Arbeit sind. Trotz der langen Gewöhnung an diese schlechte Wirklichkeit ist es wichtig, dass unsere Gesellschaft die Hoffnung, das ändern zu können, nicht aufgibt. Vollbeschäftigung bleibt ein zentrales Versprechen, dem sich insbesondere sozialdemokratische Politik verpflichtet wissen muss.

Den Rahmen für unser politisches Projekt bilden Marktwirtschaft und globalisierte Ökonomie. Anders als es sich manche vorstellen, stehen Kündigungsschutz, Betriebsverfassung und Mitbestimmung oder gar der ganze Sozialstaat deswegen nicht zur Disposition. Sie beeinträchtigen Beschäftigungschancen nicht. Trotz des internationalen Wettbewerbs wird es auch immer ein vernünftiges Maß an Besteuerung geben. Wir können gute Bedingungen für Beschäftigungen in unserem Land durch eine hervorragende Infrastruktur und durch wachsende Investitionen in Forschung und Entwicklung schaffen. Auch Ressourceneffizienz und die Beachtung ökologischer Belange sind geeignet die Beschäftigungslage zu verbessern.

Was wir noch tun können, ist, die Menschen nicht alleine zu lassen, die ihre Arbeit verlieren oder gar nicht erst im Erwerbsleben ankommen. Da ist etwas nachzuholen. Die frühere BUNDESANSTALT FÜR ARBEIT für Arbeit mit ihren unzähligen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern hatte sich weitgehend auf die soziale Absicherung der Arbeitslosigkeit konzentriert und die Vermittlung in Arbeit nicht als Kernaufgabe begriffen. Das ist durch die Arbeitsvermittlungsreform der letzten

Legislaturperiode geändert worden. Die Arbeitsvermittlung müsste die am Besten organisierte Institution des Landes sein. Davon sind wir noch weit entfernt. Aber immerhin ist die Aufgabe begriffen und sind die richtigen Grundentscheidungen getroffen worden.

Das Problem des deutschen Arbeitsmarktes ist die Langzeitarbeitslosigkeit, die weit über dem Niveau vergleichbarer Länder liegt.

Deshalb bleibt entgegen manchem wirtschaftsliberalen Vorurteil aktive Arbeitsmarktpolitik unverzichtbar als Instrument der Aktivierung. Sie ist notwendig zur Unterstützung derjenigen, die trotz allem eigenen Engagement nur auf solche Weise wieder auf dem Arbeitsmarkt Fuß fassen können. Sie ist auch notwendig, weil gerade dort, wo nur wenig verdient wird, der Unterschied zwischen der sozialstaatlich gewährleisteten Mindestabsicherung und den gezahlten Nettolöhnen oft gering ist. Zwar ziehen die meisten Menschen eine schlecht bezahlte Arbeit der Arbeitslosigkeit vor, aber wir wollen, dass ausnahmslos alle auf die Priorität Arbeit setzen. Da das Sicherungsniveau aus Gründen der sozialen Gerechtigkeit nicht gesenkt werden soll und kann, brauchen wir die aktive Arbeitsmarktpolitik.

Die Durchsetzung höherer Mobilität auf dem Arbeitsmarkt ist für die meisten Bürgerinnen und Bürger akzeptabel, wenn der Staat das Versprechen gibt, dass er die Menschen, die arbeiten, vor unsittlichen Löhnen schützt. Deshalb hat die Debatte über einen gesetzlichen Mindestlohn eine so zentrale Bedeutung für die sozialdemokratische Partei.

2. *Bildung.* Wir müssen lernen, dass viele Kinder von ihren Eltern nicht so unterstützt und gefördert werden, dass sie die Bildungschancen unserer Gesellschaft wahrnehmen. Mancher Lebenslauf scheint endgültig entschieden, bevor ein Kind überhaupt die Schule das erste



Reiner Zensen

Olaf Scholz.

Mal betritt. Und deshalb muss Deutschland sich ändern und dafür Sorge tragen, dass lange vor der Schule Institutionen bereit stehen, die auch Kindern aus bildungsfernen Familien alle Chancen öffnen. Vergleichbar mit anderen Ländern muss in Deutschland ein flächendeckendes, möglichst alle Kinder erreichendes Angebot an Kindergärten und Vorschulen etabliert werden, damit die Entwicklung der Kinder und ihr Interesse an Bildung, Kommunikation und Sprache gefördert werden. Auch Kinder mit Migrationshintergrund sollen die deutsche Sprache beherrschen. Wir brauchen bessere Schulen. Dass es in Deutschland zu wenig Ganztagschulen gibt, hat sich längst herumgesprochen.

In der modernen Welt nimmt die Zahl der Arbeitsplätze für Menschen ohne vernünftige Schul- und Berufsausbildung ab. Schon mit einem Hauptschulabschluss können viele die Berufe, die mit dieser Qualifikation ihren Eltern offen standen, nicht mehr erreichen. Was wird aus ihnen, wenn wir weiter zulassen,

dass begabte Menschen mit weniger Bildung, als für sie möglich wäre, die Schule verlassen und trotz größeren Potenzials lediglich einen Hauptschulabschluss erwerben? Was wird aus denen, die überhaupt keinen Hauptschulabschluss erreichen? Über zehn Prozent der jungen Leute eines Jahrgangs gehören dazu.

Wir wollen, dass jeder junge Mensch, der gesundheitlich dazu in der Lage ist, einen Schulabschluss erreicht. Vorsorgender Sozialstaat heißt, alle Kraft in die Bildung und persönliche Entwicklung der jungen Menschen zu stecken.

3. *Behinderung.* Der moderne Sozialstaat, der Teilhabe zu gewährleisten als zentrale Aufgabe begreift, muss einen neuen Blick für die Menschen mit Behinderungen entwickeln.

Auch da gibt es viel Unwissen über die Realität. Mehr als 8 Millionen Menschen sind in Deutschland behindert. Die meisten davon sind nicht mit einer Behinderung geboren. Das ist ein Schicksal, das fast jeden ereilen kann. Das Engage-

ment für die Menschen mit Behinderungen, die Schaffung von Barrierefreiheit ist leider noch lange kein Allgemeingut in den Köpfen der Bürgerinnen und Bürger und der Institutionen.

Trotzdem ist viel erreicht worden in den Jahren einer sozialdemokratisch geführten Regierung. Der Teilhabegedanke hat das Rehabilitationsrecht erreicht, Barrierefreiheit wurde vielen Institutionen vorgeschrieben. Die Integration, auch der Menschen mit Behinderungen in das Arbeitsleben, ihre Unabhängigkeit auch von traditionellen Einrichtungen durch das zur Verfügungstellen eines persönlichen Budgets zur Ausgestaltung von Hilfeleistungen sind die Aufgaben, die sich uns heute stellen.

An der Art wie wir mit den Menschen mit Behinderungen umgehen, zeigt sich auch, wie wir als Gesellschaft eingestellt sind. Es ist ein wichtiger Gradmesser für die Art und Weise unseres Zusammenlebens. Wir sollten uns also Mühe geben.

Joachim Poß

Für richtige Weichenstellungen

Anmerkungen eines Finanzpolitikers zur SPD-Programmdiskussion

Seit dem Berliner Bundesparteitag der SPD 1989, auf dem das gegenwärtige Grundsatzprogramm verabschiedet worden ist, hat es auch auf den Finanz- und Kapitalmärkten gravierende Veränderungen gegeben.

So ist der Kapitalverkehr mittlerweile nahezu weltweit liberalisiert und dereguliert worden. Die Finanzmärkte sind mit fast unheimlicher Dynamik gewachsen, in den Strukturen völlig gewandelt und stark internationalisiert.

Weil diese Entwicklungen von großer Bedeutung für die Gesellschaft und auch

für das Leben vieler einzelner Bürgerinnen und Bürger sind, muss die SPD auch in ihrer Programmatik, das heißt in dem neuen Grundsatzprogramm, das bis Ende 2007 entworfen, diskutiert und verabschiedet werden soll, dazu Stellung nehmen.

Sicherlich korrespondieren die neuen Strukturen und die enorm gestiegene Größe und Dynamik der Finanz- und Kapitalmärkte mit »berechtigten« Anlage- und Finanzierungsbedürfnissen, die ansonsten vielleicht nicht befriedigt werden könnten. So ist Beteiligungsfinanzierung unbe-